Pressemitteilung vom 24.05.2019

Die Leiche im Keller des Udo Beer:

Trauer zum Niedergang der Fachhochschule Kiel, statt Feier zum 50-jährigen Jubiläum!

Beispiellose „Gemeinschaftsleistung“ von vielen Professoren: Wirtschafts-Professorin wird mit falschem „Gutachten“ aus FH Kiel gekickt. Zehnjähriger Rechtskampf bleibt bis heute völlig vergeblich.

„Eine Berufungskommission[1] unterstellte mir, dass ich keine Buchhaltung können würde“, sagt Prof. Dr. Karin Kaiser, Hochschullehrerin, Steuerberaterin und Wirtschaftsprüferin aus Heikendorf. „Das wäre so, als ob der Tischlermeister keinen Nagel einschlagen könnte. Keiner der Professoren in der Berufungskommission hatte meine Qualifikation als Wirtschaftsprüferin. Aber sie behaupteten einfach, dass ich fachliche Fehler gemacht hätte. Eine inhaltliche Diskussion wurde mir verweigert. Ich sei ungeeignet, auf Lebenszeit verbeamtet zu werden, behaupteten sie. Vorher hatten sie mich aber im Rahmen der Stellenbesetzung „als für das Professorenamt sowohl fachlich als auch pädagogisch hervorragend geeignet“ beurteilt.

Das sogenannte „Gutachten“ der Berufungskommission war nicht unterschrieben. Es bestand lediglich aus 4 bedruckten DIN-A4 Blättern. Es enthielt falsche Tatsachendarstellungen und Anschuldigungen sowie unkonkrete Mängelbehauptungen und erhebliche Widersprüchlichkeiten. Meine überdurchschnittlich guten Evaluierungsergebnisse negierten sie einfach.

Ich kämpfte intensiv um mein Recht und wandte mich in der **Fachhochschule Kiel** an den Fachbereichskonvent und den Dekan des Fachbereichs Wirtschaft, an die Schlichtungsstelle[2] und den Schlichtungsausschuss[3], an die Gleichstellungsbeauftragte[4], an den Senat und an den Präsidenten der Fachhochschule Kiel Udo Beer. Die angerufenen Stellen und Personen wurden aber nicht bzw. nicht sachgerecht tätig.

Auch von der **schleswig-holsteinischen Verwaltungsgerichtsbarkeit** (Az. 11 A 19/09 u.a.) wurde der Fall entgegen dem Amtsermittlungsgrundsatz gem. § 86 VwGO nicht sachgerecht aufgeklärt. Meine **Strafanträge** wegen Verleumdung, Urkundenfälschung, Bestechlichkeit, Rechtsbeugung und anderer Delikte blie-

ben erfolglos. Nach Auffassung der Staatsanwaltschaft Kiel lagen keine Anhaltspunkte für eine Straftat vor. In dem Kampf um mein Recht wandte ich mich auch an die zuständigen **Ministerien und die Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein (-> Kabinette Carstensen II und Albig)**, die alle nicht bzw. nicht sachgerecht tätig wurden. Auch in den noch anhängigen Verfahren gegen das Land Schleswig-Holstein vor dem **OLG Schleswig** (Az. 11 U 118/16, 11 U 115/18, u.a.) lässt man mich systematisch wieder ins Leere laufen.

Die Fachhochschule Kiel hat mich wie den letzten Dreck behandelt. Ein Tritt in den verlängerten Rücken und draußen war ich. Einige haben agiert, etliche haben mitgemacht und viele haben weggeschaut.

Kollektivschuld von Akteuren und Mitläufern

War der Präsident Udo Beer der Strippenzieher? Gefiel es ihm nicht, dass ich in Eckernförde ein Kompetenzzentrum für die wissenschaftliche Aus- und Weiterbildung in steuerberatenden und wirtschaftsprüfenden Berufen aufbauen wollte? Sah er in mir eine unliebsame Konkurrentin, die verschwinden sollte?

Udo Beer wäre als Präsident als erster verpflichtet gewesen, die Sache aufzuklären. Das tat er aber nicht. Auf meinen Antrag auf Verbeamtung auf Lebenszeit erteilte er mir einen Ablehnungsbescheid. Dies hätte er nicht tun dürfen, denn es war noch mein Verfahren bei der Schlichtungsstelle anhängig. Solange hätte nach §§ 68 VwGO ff. das Rechtsbehelfsverfahren ruhen müssen. Udo Beer tat es aber einfach, weil er die Macht dazu hatte. Bis heute hat die Schlichtungsstelle nicht über mein Verfahren entschieden.

<u>Übernehmen Sie endlich die Verantwortung, Udo Beer!</u>

Impressum: Prof. Dr. Karin Kaiser: Steuerberaterin, Wirtschaftsprüferin, Hochschullehrerin
Steenbrook 19, 24226 Heikendorf. Tel. +49 431 5332488, E-Mail k.kaiser@doktor-kaiser.com
Facebook-Seite „Tod des Rechtsstaats“: FB@Tod.Rechtsstaat

[1] **Mitglieder der Berufungskommission** waren die Professoren Udo Beer, Gordon Eckardt, Dirk Frosch-Wilke, Jürgen Grabe, Thomas Huttegger, Hans Klaus, Beatrix Kuhnigk und Ute Vanini sowie die studentischen Vertreter Mathias Hansen und Florian Rippe.
[2] **Mitglieder der Schlichtungsstelle** waren die Professoren Udo Beer, Mario Nahrwold, Kathrin Stöve-Schimmelpfennig und Thorsten Stark.
[3] **Mitglieder des Schlichtungsausschusses** waren die Professoren Enno Langfeldt, Mario Nahrwold und Jürgen Reese sowie die Angestellten Christina Abraham, Fiona Bubbers und Florian Gerl.
[4] Die **Zentrale Gleichstellungsbeauftragte** war Kerstin Schoneboom.